

Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **04. Februar 2020** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **19.50** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Martina Weinbrecht (V)
Karsten Lamprecht (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger**
Rechnungsamtsleiter Axel Grether
Bauamtsleiterin Patricia Lüking

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **23.01.2020** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **30.01.2020** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldig ferngeblieben, angegeben.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, gibt dieser gem. § 10.4 der Geschäftsordnung bekannt, dass TOP 4 kurzfristig von der Tagesordnung abgesetzt wurde, da zur Behandlung des Themas noch wichtige Informationen fehlten. Hierüber sei die antragstellende CDU im Vorfeld informiert worden.

Zu Punkt 1 der T.O.: **Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion vom 16.09.2019
Potenziale für Solarenergie in Neureut nutzen
Hier: Stellungnahme zum Antrag**

Der Antrag sei noch eine „Mitgift“ des ehemaligen Ortschaftsrates Jürgen Marin, so Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber einleitend. Dies sei aus Zeiten gewesen, als das Klimaschutzkonzept noch nicht so ausgearbeitet und bekanntgegeben worden war.

Das bereits bestehende Kataster zeige, wieviel Flächen es für Solarenergie in Karlsruhe gebe. Derzeit sind nur rund 2% der Dachflächen mit Photovoltaik ausgestattet, wies Rohrhuber auch auf die Stellungnahme des Karlsruher Amtes für Umwelt- und Arbeitsschutz hin. Da sei noch viel zu machen, meint sie. Allerdings sei das Problem bei privaten Bauherren bzw. Eigentümern, dass es bislang wenig Möglichkeiten gebe, sie dazu zu verpflichten.

Hier brauche es eine Informationsoffensive, die auch angedacht und wichtig sei.

Bei Neubaugebieten könnte man über einen städtebaulichen Vertrag vielleicht eine Verpflichtung vornehmen, so Rohrhuber.

Ergänzend dazu erläutert der Vorsitzende, dass voraussichtlich bei der Sitzung des Ortschaftsrates im Mai die Fortschreibung des Plans für Zentrum III vorgestellt und dabei auch die energetischen Gesichtspunkte diskutiert werden können.

Der im SPD-Antrag angesprochene Solarradweg, der in Holland funktioniere, wohl aber in Deutschland im Moment außer Betrieb sei, biete „tolle Möglichkeiten“, wenn man ihn auch für den Straßenbau verwende, ist die Meinung der Politikerin. Obwohl sehr teuer, stünden dazu öffentliche Flächen zur Verfügung. Man brauche einfach mehr Strom, wenn man die Elektromobilität wolle - und nachdem nun Atom – und Kohlekraftwerke vom Netz gehen.

Dass man intensiv am Klimaschutzkonzept 2030 arbeite, geht aus der Stellungnahme des städtischen Umweltamtes hervor. Darin werde Photovoltaik eine wichtige Rolle spielen.

Eine Solaroffensive, so das Fachamt, solle Hauseigentümer informieren und motivieren, verstärkt diese Technik zu nutzen.

Besonders in neuen Baugebieten wäre - neben Anforderungen hinsichtlich eines Primärenergiefaktors und einer guten Energieeffizienz für Gebäude - eine Photovoltaikpflicht wünschenswert: Dies könne im Rahmen von städtebauliche Verträgen, Durchführungs- und Grundstücksverkaufsverträgen verpflichtend vereinbart werden. Ein entsprechender Vorschlag ist seitens der Verwaltung erarbeitet.

Man habe sich über den SPD-Antrag und die Stellungnahme des Umweltamtes gefreut, machte **Ortschaftsrat Bernd Kalusche** deutlich. Auch die Grünen wünschen einen massiven Ausbau der Photovoltaik. So fordert er einen Sachstandsbericht zum Ausbau auf städtischen bzw. öffentlichen Gebäuden in Neureut ein. Auch sei bereits für das Neubaugebiet Zentrum III im Rahmen des Klimaschutzantrages darüber diskutiert worden, was in diesem Bereich gemacht werden könne. Eine dritte Ebene sei eine Beratungsoffensive für private Aufdachanlagen, woran die Stadtwerke bereits wären. Man solle schauen, dass auch vor Ort in Neureut entsprechende Beratungsangebote bestehen, denn es ziehe einiges nach: Man werde dadurch Unternehmer und umsatzsteuerpflichtig etc. - zudem wolle man die Thematik im Ausschuss weiter diskutieren.

Sehr positiv findet es **Fraktionsvorsitzender Ole Reher**, dass die SPD das Thema in den Ortschaftsrat brachte, wodurch man auch die Informationen bekommen habe. Viele Dinge seien dabei neu gewesen, betont er.

Das städtische Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz erkläre in seiner Stellungnahme sehr umfassend, was gerade in diesem Bereich laufe. Gerne würde man sich auch einmal - eventuell bei einem Vortrag der Stadtwerke – den Sachstand widerspiegeln lassen. So wisse man dann, wie es in Neureut aussehe. Zudem könne dabei erfahren werden, was die Neureuter dafür tun bzw. einsetzen könnten, etwa um beim Ausbau etwas zu beschleunigen.

Auch die **CDU-Fraktion**, so **Ortschaftsrat Claudius Kirchenbauer**, lobe die grundsätzliche Idee, die Möglichkeiten der Solarenergie ausbauen zu wollen. Allerdings rate man aber auch zur Vorsicht hinsichtlich der möglichen Unternehmertätigkeit, die mit einer Solaranlage auf dem eigenen Dach einhergehe.

In der Ausgestaltung des Antrages sollten nicht zu viele Ge- und Verbote enthalten sein, wünsche sich seine Fraktion.

Darauf erwähnt **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber**, man müsse nicht zwingend für Umsatzsteuerpflicht votieren, weil die Erträge wohl nicht über 17 500 € im Jahr gehen werden. Man wolle keine Ge- oder Verbote, sondern man müsse einfach schauen, wo man die benötigte Energie herbekomme – deshalb sollte man mit der Photovoltaiknutzung vorwärts gehen.

In diesem Zusammenhang macht **Fraktionsvorsitzender Hubert Kast** deutlich, es gebe nicht nur Photovoltaik sondern auch Solarthermie. Wenn sie bereits bei der Planung eines Baus berücksichtigt werde, gebe dies auch einen effektiven Nutzen.

Jeder müsse selbst entscheiden, so **Ortschaftsrätin Irene Moser**, wie er steuerlich damit umgehe. Es ist nicht nötig, dies als Gewerbetreibender anzumelden.

Es sei kein ausschließlich Neureuter Thema, betont **Ortschaftsrat Detlef Hofmann** hinsichtlich der Stellungnahme, die Stadtwerke machen dies flächendeckend. Zudem bieten die Stadtwerke bereits eine hervorragende Beratung an. Die Bürgerinnen und Bürger können sich direkt dort informieren, ansonsten sei es „doppelt gemoppelt“ – macht er auf ein angesprochenes Extraangebot für Neureut deutlich. Es sei wichtig, dass die Bürgern beraten werden. Man müsse beispielsweise auch nicht einspeisen, sondern könne auch nur Selbstversorger sein.

Als sehr angenehm empfindet abschließend der Vorsitzende die Stellungnahme des Amtes für Umwelt- und Arbeitsschutz. Darin wird hingewiesen, dass es generell begrüßenswert sei, wenn seitens des Ortschaftsrates und der Ortsverwaltung die Klimaschutzaktivitäten mitgetragen oder sogar befördert werden. Daher sei die Verwaltung sehr gerne bereit, das Neureuter Engagement aufzugreifen und gemeinsam Wege zu suchen, mit denen der Klimaschutz möglichst schnell und umfassend weiterentwickelt werden könne.

Es kommt zum

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Punkt 2 der T.O.: **Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion vom 16.09.2019
Insektenschutz und Eindämmung der
Lichtverschmutzung
Hier: Stellungnahme zum Antrag**

Von den rund 2800 Leuchten in Neureut sind aktuell bereits knapp über 47 % auf LED umgerüstet - dies erfährt die Ortschaftsratsfraktion zu ihrem weiteren Antrag, der vom Insektenschutz sowie der Eindämmung der Lichtverschmutzung handelte.

Als sehr interessant empfindet Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber, wie sich die verschiedenen Farben sowie die Temperatur der Leuchten auf Insekten wirken. Die LED-Leuchten seien kühler und deshalb insektenfreundlicher.

Hierzu liefert sowohl Umwelt- und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe als auch die Stadtwerke ausführliche Stellungnahmen.

Demnach seien die Stadtwerke bestrebt, die Beleuchtung im Rahmen der Neuplanungen von Anlagen, etwa durch entsprechende Auswahl von Leuchten aus dem verfügbaren Portfolio mit möglichst „passender“ Optik bzw. Lichtstärkeverteilungskurve, durch Anpassung weiterer Parameter wie etwa Lichtpunkthöhe und –abstand sowie durch Auslegung gemäß den normativen Mindestanforderungen, zu optimieren und weitestgehend auf die zu beleuchtenden Verkehrsbereiche zu beschränken.

Im Hinblick auf den Insektenschutz gelte, machten Stadtwerke und Umweltamt deutlich, dass das Konzept für die Beleuchtung unter anderem die sukzessive Umrüstung alter, nicht mehr effizienter Leuchten und Leuchtmittel auf die als insektenfreundlich geltenden LED vorsehe. Dies wurde auch im Konzeptentwurf für das Klimaschutzkonzept Karlsruhe entsprechend formuliert, wonach bis 2030 alle Leuchten in Karlsruhe auf LED umgerüstete werden sollen.

Zudem sei im Zusammenhang zwischen Leuchtmittel und Insektenschutz zu erwähnen, dass LED-Leuchtmittel aufgrund ihrer geringen Oberflächentemperatur zudem nochmals deutlich „insektenfreundlicher“ seien als die zuvor oftmals eingesetzten Hochdruckdampflampen mit sehr hohen Betriebstemperaturen.

Ergänzend werden noch Auswirkungen zur Wahl der Lichtfarbe gemacht und Farbtemperatur gemacht. Demnach fördern höhere Farbtemperaturen die Aufmerksamkeit im Vergleich zu warmen Lichtfarben. Dieser Aspekt ziele auf den Hauptzweck der Straßenbeleuchtung, nämlich die Gewährleistung der Verkehrssicherheit ab. Die Stadt Karlsruhe ist diesbezüglich verpflichtet, öffentliche Wege und Straßen zur Erschließung von Wohnanlagen zu beleuchten. Deren

Beleuchtung diene der Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Verkehrssicherungspflicht.

Im **Kiefernweg** wurden beispielsweise bereits vor über zwei Jahren die alten Pilzleuchten mit wenig insektenfreundlichen und kaltweißen Quecksilberdampf-Hochdrucklampen durch modernen Pilzleuchten mit neutralweißen LED-Lampen aus dem Bestand ersetzt. Letztere entsprechen dem technischen Standard für Straßenbeleuchtungsanlagen in Karlsruhe und finden in dieser Form mehrfach Anwendung in anderen Wohngebieten. Die Stadtwerke hat die Situation vor Ort zudem am Tag und bei Dunkelheit besichtigt. Alle aktuell verwendeten LED-Lampen und Leuchten sind geprüft und für die Verwendung in der Straßenbeleuchtung vorgesehen.

Hubert Kast, Fraktionsvorsitzender, weist darauf hin, dass von den Grünen ein ähnlicher Antrag vorliege, der auch in dieser Sitzung mitbehandelt werde. Man habe sich über die kompetenten Antworten der Stadtwerke und des Umweltamtes sehr gefreut.

Bemerkenswert sei, dass die Laternen bereits „proaktiv“ ausgetauscht werden und nicht erst, wenn sie defekt seien oder nur in Neubaugebieten installiert werden. Es werden immer die neuesten und besten Lampen dafür verwendet – unter Beachtung der speziellen Bedürfnisse, beispielsweise für Straßen oder Gehwege. Dies verdeutlichte er an Beispielen aus der Kirchfeldsiedlung.

Fraktionsvorsitzender Ole Reher macht hinsichtlich der Stellungnahme deutlich, für seine Fraktion sei es sehr interessant, mit welchem Engagement die hochgesteckten Ziele verfolgt werden. Nicht bewusst und verwundert sei man darüber gewesen, dass in Neureut bereits 47 % auf LED umgestellt seien. Hier wünschte er einen groben Überblick der Straßenzüge, die bereits über diese Art verfügen. Dies sei „herausragend“ und man hätte damit nicht gerechnet.

Der Vorsitzende informiert, dies könne in einem Plan angeschaut werden und die Punkte mit den LEDs eventuell in einem „Screenshot“ zur Verfügung gestellt werden.

Vor einer Umbaumaßnahme sei immer eine ganzheitliche Betrachtung durchzuführen – so das Umweltamt in seiner Stellungnahme im Hinblick auf die in Karlsruhe vorhandenen, unterschiedlichen Leuchtentypen, etwa bei deren Tragsysteme, aber auch auf die unterschiedlichen Einsatzbereiche sowie lichttechnisch und gestalterischen Anforderungen in Karlsruhe.

Nach einer Beratung durch das Umweltamt entscheide jedoch letztendlich immer die Stadt Karlsruhe mit dem Tiefbauamt als kostenverantwortliche Stelle über Planung, Neu-, Umbau und Erneuerung von Anlagen der Straßenbeleuchtung.

Im Übrigen, so ergänzt der Vorsitzende, sei noch wesentlich, dass der Ortschaftsrat auch im Haushalt mit entsprechenden Pauschalmitteln für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung mit beitrage.

Es kommt zum

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

**Zu Punkt 3 der T.O.: Anfrage der GRÜNE-Ortschaftsratsfraktion vom
06.09.2019
Gibt es ein Konzept oder Richtlinien, wie öffentliche
Straßen, Wege und Plätze in Neureut in der Nacht
beleuchtet werden sollen?
Hier: Stellungnahme zur Anfrage**

„Gibt es ein Konzept oder Richtlinien, wie öffentliche Straßen, Wege und Plätze in Neureut in der Nacht beleuchtet werden sollen?“ – diese Frage stellen die Grünen in ihrer Anfrage.

Energieeinsparung, Lichtverschmutzung, Insektensterben – diese Themen drängen sich immer weiter nach vorne, erläutern sie darin. Die alten Straßenlaternen mit Neonröhren oder Natriumdampflampen haben diese Aspekte nicht berücksichtigt. Es sei notwendig, dass diese alten Straßenlaternen möglichst zügig durch neue ersetzt werden, die diesen Aspekten Rechnung tragen. Die Grünen haben beobachtet, dass in Neureut immer mehr alte Straßenlaternen durch neue, mit LED-Leuchtkörpern ersetzt werden.

Es sei toll, beurteilt **Fraktionsvorsitzender Hubert Kast**, im Hinblick auf die bereits vorgestellten Maßnahmen der Stadtwerke, besonders im Bereich der LED-Beleuchtung. Die vorgestellten 47 % sei eine große Zahl und zudem eine riesige Energie – und Geldersparnis im Vergleich zu den zuvor oft eingesetzten Hochdruckdampflampen.

In diesem Zusammenhang erwähnt **Ortschaftsrat Dieter König** die Frage der Nachtabschaltung, auch unter dem Sicherheitsaspekt. Die neue Technologie bei LED erlaube eine Dimmfunktion um 50 %. Damit könne man zusätzlich Energie

einsparen und etwas für die Sicherheit tun. Dies möge bei den Stadtwerken noch aufgegriffen werden!

Es kommt zum

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Punkt 4 der T.O.: **Antrag der CDU-Ortschaftsratsfraktion vom 17.01.2020
auf Einrichtung von Mitfahrhaltestellen in Neureut
Hier: Stellungnahme zum Antrag**

TOP 4 wird abgesetzt.

Zu Punkt 5 der T.O.: **Bepflanzungsmaßnahmen
Bepflanzung der Flächen Am Gartenberg auf Höhe
Mitteltorstraße und an der Straßenecke Grabener
Straße / Teutschneureuter Straße
Hier Vorschläge zur Bepflanzung**

**Feldahornbäume für Flächen entlang der neu erstellten Zufahrt zwischen
„Neureuter Hauptstraße“ auf Höhe der Mitteltorstraße und „Am Gartenberg“**

Wie dieser Zufahrtsbereich künftig gestaltet werden soll, erläutert Ortsbaumeisterin Patricia Lüking, dass analog der Zufahrt Am Gartenberg gegenüber Neureuter Hauptstraße 286 die Verwaltung die Bepflanzung mit Feldahornbäumen vorschläge. Diese Gattung habe sich auch in den heißen Tagen der vergangenen Jahre als äußerst robust gezeigt. Die zwei Baumpflanzflächen in der Straße Am Gartenberg sollen auch analog der bisher fertiggestellten Flächen mit Zierkirschen bepflanzt werden. Dem Zeitgeist entsprechend, stellt sich die Verwaltung vor, die großen Flächen nicht mit Kleingehölzen zu bepflanzen sondern eine Wiesenmischung anzusäen, erklärte die Leiterin des Ortsbauamtes.

Im vorderen Bereich entlang der Zufahrt ist ein Blütenstreifen mit Narzissen vorgesehen, im hinteren Bereich der nördlichen Fläche (in Richtung bestehender Altbebauung), sind lockere Gruppen mit Blütensträuchern denkbar.

**Bepflanzung/Gestaltung der straßenbegleitenden Grünfläche im
Einmündungsbereich Grabener Straße / Teutschneureuter Straße**

Hier macht die Verwaltung den Vorschlag, so Patricia Lüking vom Ortsbauamt, eine flächige Grundbepflanzung mit der auch auf den andern Pflanzflächen in der

Grabener Straße verwendeten niedrigen Kranzspieren und eingestreuten niedrigen Sommerfliedersträuchern zu realisieren.

Diese Bepflanzungen würden sich zudem an den anderen, als straßenbegleitendes Grün entlang der Grabener Straße bereits vorhandenen Bepflanzungen, orientieren.

Für die vorgesehenen Bänke erfolgt eine Empfehlung der Verwaltung. So liegen für die angedachten Sitzmöbel der Ortsverwaltung bereits Angebote vor. Demnach bestehen für die Möblierung die Bankfüße aus zementgrauen Sichtbeton, die Oberflächen aus FSC-zertifiziertem Hartholz (naturbelassen oder dunkel, hell oder rostbraune Holzlasur).

Die Pflanzarbeiten sollen durch die Mitarbeitenden der Neureuter Gartenbauabteilung durchgeführt werden.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber möchte die Anzahl der Bänke auf ein bis zwei reduzieren und dafür mehr Geld in eine passendere Blütenmischung investieren. Ihr Vorschlag zielt auf eine regional abgestimmte Mischung für den Bereich ab. Hierzu hat sie „Heudrusch“ vom Oberrheingraben vorgeschlagen. Zudem macht sie auf die invasive Komponente beim Sommerflieder aufmerksam.

Ortschaftsrat Thomas Metzger begrüßt die Bepflanzung mit Feldahornbäumen, regte jedoch für die Zierkirsche eine einfache, nicht gefüllte Sorte an. Außerdem böten die Bodendecker wenig Potenzial für Bienen.

Von ihm stammt ebenfalls der Vorschlag, Angebote für aus Kunststoff recycelte Bänke einzuholen.

Sowohl **Ortschaftsrätin Siglinde Andor** als auch **Ortschaftsrat Detlef Hofmann** weisen auf das Problem einer möglichen Vermoosung der Rillen bei den Bänken hin.

Es kommt zum

Ergebnis:

Insgesamt zeigt sich der Ortschaftsrat mit den Vorschlägen zur Gestaltung grundsätzlich einverstanden. Die Verwaltung wird, wie gewünscht, Angebote für Bänke aus recyceltem Kunststoff einholen. Für die Hinweise bezüglich der Bepflanzung mit einer passenden Blütenmischung sowie der Problematik von Sommerflieder und Kranzspiere wird sich die Ortsverwaltung mit dem Umweltamt in Verbindung setzen und die Problematik erörtern. Dem Vorschlag, die bepflanzte Grünfläche mit einer Skulptur aufzuwerten, kann das Gremium nicht entsprechen.

Zu Punkt 6 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

6.1

Der **Vorsitzende** informiert:

- Zu einer zurückliegenden Anfrage von Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht hinsichtlich geplanter Straßenbaumaßnahmen an der Waldschule wegen Parkplätzen etc. gebe es am 06. Februar 2020 einen neuen Vororttermin. Über das Ergebnis wird der Ortschaftsrat unterrichtet werden.
- Zum bereits vorgestellten Umbau der Hardtwaldschule und einer Containerlösung findet am 13. Februar 2020 ein Sachstandsgespräch statt. Danach wird der Ortschaftsrat informiert werden.
- über neu geschaffene Parkplätze auf dem gemeindeeigenen Grundstück Wacholderweg, dahinter erfolgen Grünpflanzungen. Dies stelle eine Vorbildaktion für Parkraumbeschaffung bzw. Entlastung der Parksituation dar.
- Der von Ortschaftsrat Dieter König gewünschten Entfernung des wilden Weines am ehemaligen Rektorenhaus der Südschule kann das Bauamt nicht entsprechen. Hier seien Fassadenbeschädigung und eine Neuverputzung zu befürchten. Zudem seien dort Bienenkokons vorhanden. Sollte hierzu weitere Maßnahmen erwünscht sein, könne über eine Anfrage auch ein Antrag gestellt werden.
- Mit der neuen Drehleiter sei die Problematik an der Südschule mit Anleiterung aller Klassenzimmer (Branddirektion) nun erfolgreich gelöst bzw. möglich.

Zu Punkt 7 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat

7.1

Ortschaftsrätin Siglinde Andor

a)

dankt für die schnelle Erledigung hinsichtlich der von ihr angesprochenen Parkplatzproblematik.

b)

spricht bei der Kirche der Freien Evangelischen Gemeinde in der Nordstadt, die sich an einer Seite an den Bocksbornweg befindet, an, hier sei sonntags Gottesdienst. Wenn der KSC spiele, parken dort oft Autos auf dem Grünstreifen.

Antwort:

zu b)

Die Ortsverwaltung werde den KOD informieren, entsprechend darauf hinzuweisen, dass auch bei Penny-Markt geparkt werden könne.

7.2

Ortschaftsrat Ole Reher weist nach dem jüngsten Sturm darauf hin, dass abermals viel Totholz im Bereich des Oberfeldes von den Bäumen heruntergefallen sei bzw. Äste auf Fahrzeugen hingen. Er regt an, diesen Bereich nochmals zu kontrollieren – die Thematik war bereits bei Gemarkungsrundfahrten erörtert worden.

Antwort:

Es wird eine Bestandsaufnahme erfolgen. Die Baumpfleger der Ortsverwaltung werden zur Thematik bis zur nächsten Ortschaftsratssitzung eine Stellungnahme abgeben.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: